



Niederschrift

über die 23. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 11.04.2024

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 08.02.2024
- 7 Informationen der Verwaltung
- 8 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 9 Situationsbericht zur Zuweisung, Unterbringung und Betreuung von nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländern im Landkreis
- 10 Demographische und sozialstrukturelle Entwicklung im Landkreis und der Kommunen
- 11 Bericht zum Umsetzungsstand des schlüssigen Konzeptes
- 12 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 13 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Frau Zoschke eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundigen EinwohnerInnen und Gäste.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.
Es sind 6 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Zoschke teilt mit, dass keine Änderungsanträge vorliegen, so dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung festgestellt wird. Die Berichterstattung des TOP 9 wird Herr Bötdeker vornehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig der Tagesordnung zu.

Punkt 4. Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

Die Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin entfällt.

Punkt 5. Einwohnerfragestunde

Anfragen von Einwohnern liegen nicht vor, eine Einwohnerfragestunde findet somit nicht statt.

Punkt 6. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 08.02.2024

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung vor.
Es erfolgt eine Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 08.02.2024.

Über die Niederschrift wird mit 4 Ja-Stimmen sowie 2 Enthaltungen abgestimmt.

4 Ja-Stimmen; 2 Enthaltungen

Punkt 7. Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen von der Verwaltung.

Punkt 8. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Frau Zoschke teilt mit, dass ein weiterer Ausschuss als Sondersitzung für Dienstag, den 14.05.2024, 18:00 Uhr, anberaumt wurde und bittet um Beachtung. Als Ort für die Sitzung wird der Kreistagssitzungssaal benannt.

Punkt 9. Situationsbericht zur Zuweisung, Unterbringung und Betreuung von nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländern im Landkreis

Frau Zoschke gibt TOP 9 bekannt und erteilt Herrn Bötdecker das Wort.

Herr Bötdecker informiert über folgenden Stand zum 04.04.2024.

Derzeit sind rund 11.580 Ausländer registriert, davon sind

- rund 315 geduldet (die Abschiebung ist ausgesetzt – abgelehnte Asylbewerber),
- weitere 615 besitzen Aufenthaltsgestattungen (im laufenden Asylverfahren),
- rund 1095 Ausländer besitzen einen humanitären Aufenthaltstitel, d.h. Anerkennung Asylberechtigung (§ 25 Abs. 1 AufenthG), Zuerkennung Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz (gem. 25 Abs. 2 1. und 2. Alternative AufenthG), Personen mit Abschiebungsverbot (§ 25 Abs. 3 AufenthG), Resettlement-Flüchtlinge (§ 23 Abs. 4 AufenthG) und afghanische Ortskräfte (§ 22 S. 2 AufenthG)
- 77 erhalten einen neuen Titel aus der Duldung heraus (Chancen-AE)
- 2.357 ukrainische Flüchtlinge
- rund 7.121 stellen sonstige Ausländer dar (darunter ca. 4.200 EU-Ausländer, sonst. Bestandsausländer mit Niederlassungserlaubnis oder Daueraufenthaltstiteln, AE aus familiären Gründen, zur Ausbildung, zum Studium, zur Erwerbstätigkeit oder besondere Aufenthaltsrechte, gut integrierte Jugendliche

Täglichen Änderungen sind zu beachten

Des Weiteren informiert Herr Bötdecker über die derzeitige Unterbringung der Flüchtlinge:

Im Landkreis stehen 2.929 Wohnungen mit insgesamt 1.210 Plätzen zur Unterbringung bereit. Davon sind zum heutigen Tage 1.120 Plätze belegt und 90 Plätze stehen noch zur Verfügung.

891 Personen sind rechtlich unterzubringen (d.h., diese Personen erhalten die Wohnkosten als Sachleistung).

Die Zuweisungssituation hat sich vom 4. Quartal 2023 von 200 zugewiesenen Personen im 1. Quartal 2024 auf 98 zugewiesene Personen entspannt.

Darüber hinaus informiert Herr Böddeker, dass die Aufnahmeverpflichtung des Landkreises aktuell mit den vorhandenen Kapazitäten erfüllt werden kann.

Eine Gemeinschaftsunterkunft gibt es derzeit nicht.

Der vorhandene Wohnraum soll möglichst gleichmäßig auf die Städte und Gemeinden verteilt werden. Es soll nicht nur eine Unterbringung, sondern gleichzeitig auch eine Betreuung der Flüchtlinge erfolgen. Dabei soll beachtet werden, dass auf 100 Flüchtlinge 1 Betreuer eingesetzt wird. Die Finanzierung für die Betreuung wird vollständig vom Land übernommen.

Herr Böddeker informiert weiterhin, dass ein Arbeitsschwerpunkt derzeit die Schaffung von 80 Cent-Jobs ist. Viele Flüchtlinge wollen arbeiten, dürfen jedoch nicht, weil sie keine Arbeitserlaubnis haben.

Des Weiteren teilt Herr Böddeker mit, dass der Umgang mit Schulschwänzer ein weiterer Arbeitsschwerpunkt darstellt, da Schulpflicht für alle schulpflichtigen Kinder besteht. Er ist der Meinung, dass Integration nur gelingen kann, wenn die Kinder auch zur Schule gehen. Schulschwänzen kommt häufig vor, wenn die Menschen aus bildungsfernen Schichten bzw. Ländern kommen und nicht gewohnt sind, regelmäßig zur Schule zu gehen. Mitunter müssen die Kinder die Eltern z.B. bei Arztbesuchen, Einkäufen etc. unterstützen (dolmetschen), so dass sie dann nicht zur Schule gehen können.

Eine Möglichkeit wäre es, dass man mit der Aufenthaltserlaubnis lockt, d.h. Bildung-Ausbildung-Aufenthaltsrecht. Hierfür bedarf es jedoch auch der Überzeugung durch die Eltern.

Herr Ehrlich stellt klar, dass 80 Ct-Jobs ein Hinzuverdienst darstellen, Wohnkosten etc. kommen ja noch hinzu – für ihn stellen die 80 Ct-Jobs eine gute Alternative dar.

Herr Ehrlich fragt nach, ob Kontrollen zum Leerstand der Wohnungen erfolgen.

Die Kontrolle des genutzten Wohnraumes erfolgt entweder durch den jeweiligen Betreuer oder durch den Hausmeister.

Private Vermieter vermieten meist an den Landkreis, nicht jedoch an die Ausländer selbst.

Herr Böddeker informiert, dass es derzeit keine Rechtsprechung für die 80 Cent-Jobs gibt, die Regelungen sind zum 01.03.2024 weggefallen. Für eine erfolgreiche Integration sollte jedoch auch das Augenmerk auf eine gute Ausbildung gelegt werden.

Frau Zoschke dankt Herrn Böddeker für die ausführliche Berichterstattung.

Punkt 10. Demographische und sozialstrukturelle Entwicklung im Landkreis und der Kommunen

Frau Zoschke gibt den TOP 10 bekannt und erteilt Herr Hesse das Wort.

Herr Hesse informiert umfangreich über die Entwicklung.

Auf die anliegende Präsentation wird Bezug genommen.

Herr Loth erscheint um 19:02 Uhr.

Herr Ehrlich möchte gern wissen, warum es einen Aufwärtstrend hinsichtlich des weiblichen Zuwachses gibt.

Herr Hesse erklärt hierzu, dass vor allem die Migrationsbewegung ab 2022 durch den Ukraine-Krieg eine Rolle spielt, da vermehrt Frauen und Kinder zugewandert sind. Des Weiteren verweist er auf den 1. Migrationspunkt aus dem Jahr 2015.

Frau Zoschke bittet Herrn Hesse, seine Arbeit und Ausführungen in allen Ausschüssen vorzustellen.

Herr Heeg bittet darum, die Präsentation an **alle** Kreistagsmitglieder weiterzuleiten.

Frau Zoschke stimmt dem zu.

Punkt 11. Bericht zum Umsetzungsstand des schlüssigen Konzeptes

Frau Zoschke gibt den TOP 11 bekannt und erteilt Frau Jacobshagen das Wort.

Frau Jacobshagen informiert ausführlich über den Stand des schlüssigen Konzeptes und teilt mit, dass seit 2012 die Verpflichtung besteht, alle 4 Jahre ein solches Konzept erstellen zu müssen.

2024 muss ein neues Konzept erarbeitet werden. Die Ausschreibung für dieses Konzept ist vorbereitet und wird noch in KW 15/2024 an die Vergabestelle weitergeleitet.

Seitens des Jobcenter wurden seit dem 01.01.2024 bereits 396 Kostensenkungsschreiben versandt.

Frau Zoschke fragt an, ob gegenwärtig die Kosten für Heizung und Unterkunft nach dem bislang schlüssigen Konzept berechnet werden.

Frau Jacobshagen bejaht dies.

Herr Dr. Sonnenberger verlässt die Sitzung um 19:52 Uhr.

Frau Jacobshagen hofft auf ein Ausführungsende zur Erstellung des neuen Konzeptes bis Ende Oktober 2024.

Frau Zoschke dankt Frau Jacobshagen für ihre Ausführungen.

Punkt 12. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Frau Zoschke gibt TOP 12 bekannt.

Öffentliche Vorlagen liegen der Sitzung nicht vor.

Punkt 13. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Kalisch fragt an, wie seit der Legalisierung von Cannabis die Umsetzung der Kontrollen erfolgt. Sind hierfür die Polizei, das Ordnungsamt und der Landkreis verantwortlich? Ist bei Veranstaltungen ein Verbot durch den Landkreis möglich?

Frau Zoschke informiert, dass diese Frage derzeit nicht zu beantworten ist. Aus Ihrer Sicht ist hier eine Nachfrage beim Gesundheitsamt und dem Jugendschutz notwendig.

Es wird sich daher um schriftlich Beantwortung bemüht.

gez. Dagmar Zoschke

Vorsitzende/r des Sozial- und Gesundheitsausschusses

gez. Karen Reinelt
Gudrun
Petzhold
Protokollant/in